

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuß

21. Sitzung
am Mittwoch, dem 21. Mai 1997, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Eichelberg (CDU)
Dr. Gabriele Kötschau (SPD)
Klaus-Dieter Müller (SPD)
Helmut Plüschau (SPD)
Ulrike Rodust (SPD)
Bernd Schröder (SPD)
Klaus Haller (CDU)
Silke Hars (CDU)
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Vorsitzender
in Vertretung von Dr. Jürgen Hinz

Günter Neugebauer (SPD)
Heinz Maurus (CDU)
Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Anwesende

Tagesordnung	Seite
1. Neuwahl einer Vorsitzenden / eines Vorsitzenden	4
2. Aufrechterhaltung wichtiger Bahnstrecken in Schleswig-Holstein	5
Antrag der Fraktion der F.D.P.	
Drucksache 14/594	
Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD	
Drucksache 14/602	
3. Aufnahme von Überlegungen zur Planung und Realisierung eines Ersatzbauwerkes für die Eisenbahnhochbrücke über den Nordostseekanal bei Rendsburg	7
Antrag der Fraktion der SPD	
Drucksache 14/219	
4. Berufliche Bildung	10
Antrag der Fraktion der CDU	
Drucksache 14/291	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Drucksache 14/328	
5. Programm für Innovationsassistentinnen und -assistenten	12
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Drucksache 14/562	
6. Verringerung der Planungsdichte, Planungskosten und Verfahrenszeiten	15
Antrag der Fraktion der CDU	
Drucksache 14/564	
7. Schaffung einer Nordseekooperation	16
Antrag der Fraktion der CDU	
Drucksache 14/652	
8. Sachstandsbericht über die Umwandlung von Bundeswehrliegenschaften in zivil genutzte Flächen	17
9. Defizitabdeckung der Langenhorner Bahn (U-Bahn-Linie U 1)	18
10. Verschiedenes	18

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Neuwahl einer Vorsitzenden / eines Vorsitzenden

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, erklärt, daß sie mit ihrer Wahl zur Vorsitzenden des Arbeitskreises "Wirtschaft" und zur wirtschaftspolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion ihr Amt als Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses niederlege. Sie dankt den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses, den Vertretern des Wirtschaftsministeriums und der Landtagsverwaltung für die gute Zusammenarbeit während ihrer Amtszeit. - Auf Vorschlag von Abg. Schmitz-Hübsch wird Abg. Eichelberg einstimmig zum Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses gewählt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aufrechterhaltung wichtiger Bahnstrecken in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/594

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

Drucksache 14/602 hierzu: Umdrucke 14/614 und 14/648 (überwiesen am 14. März 1997)

In Würdigung der Inhalte der Umdrucke 14/614 und 14/648 erklärt St Dr. Schmid, daß das Thema der nicht gut ausgelasteten Bahnstrecken und der entsprechenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sowie der Planungen der DB AG auch auf der nächsten Verkehrsministerkonferenz am 10. und 11. Juni Beratungsgegenstand sein werde, weil dieses Problem alle Bundesländer berühre. Zudem werde die für Ende Juni von der DB AG zugesagte umfassende Information zu den in Rede stehenden Strecken und insgesamt zu den Absichten und Planungen der DB AG bezüglich Schleswig-Holstein wohl mehr Klarheit bringen. St Dr. Schmid unterstreicht, daß die Vollständigkeit des heutigen Streckennetzes auch Voraussetzung für die Umsetzung des LNVP in Schleswig-Holstein sei.

Abg. Schmitz-Hübsch bittet, anläßlich der Verkehrsministerkonferenz einmal nachzufragen, was die Bahn AG im Hinblick auf den Ausbau der "Marschbahn" darunter verstehe, wenn sie mitteile (Umdruck 14/648), daß diese Strecke "prioritär für eine umfassende Modernisierung" sei. Sie weist darauf hin, daß für die Bevölkerung an der Westküste zum Beispiel Äußerungen zu einem Zeitplan von größtem Interesse seien. - St Dr. Schmid sagt einen entsprechenden Hinweis auf der Verkehrsministerkonferenz zu.

Nach kurzer Diskussion schlägt der Ausschuß dem Landtag einstimmig vor, den Antrag Drucksache 14/594 in folgender Fassung anzunehmen:

"Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Bundesregierung und die Landesregierung auf, sicherzustellen, daß die Bahnstrecken Kiel - Flensburg, Itzehoe - Niebüll, Lübeck - Büchen, Bad Segeberg - Bad Oldesloe und Lübeck - Travemünde aufrechterhalten werden.

Im Falle einer Regionalisierung oder Privatisierung muß die Finanzierung gesichert werden.

Bei einer Streckenaufgabe durch die Deutsche Bahn AG sichert das Land als Besteller von Schienenverkehrsleistungen über die Landesweite Verkehrsservicegesellschaft

(LVS) ausschließlich den Betrieb jener Strecken, die nach Auffassung der LVS wirtschaftlich betrieben werden können."

Punkt 3 der Tagesordnung:

Aufnahme von Überlegungen zur Planung und Realisierung eines Ersatzbauwerkes für die Eisenbahnhochbrücke über den Nordostseekanal bei Rendsburg

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/219

hierzu: Umdrucke 14/550 und 14/644(überwiesen am 27. September 1996)

Abg. Neugebauer weist zunächst darauf hin, daß die bisher eingegangenen Stellungnahmen von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord, Umdruck 14/550, und von der Deutschen Bahn AG, Umdruck 14/644, keine zufriedenstellenden Antworten auf die Fragen der Bewertung der Haltbarkeit der Stahlkonstruktion der Brücke böten. Darüber hinaus fehle immer noch eine Stellungnahme der Dänischen Staatsbahn beziehungsweise des dänischen Verkehrsministeriums zu diesem Thema. Weiter gehe aus den schriftlichen Äußerungen nicht hervor, auf welcher Grundlage die Restnutzungsdauer errechnet worden sei; vor allem sei die mit der Fertigstellung der Großen-Belt-Querung zu erwartende Mehrbelastung durch den Güterverkehr bei der Prognose der Verkehrsentwicklung bis zum Jahre 2025 nicht berücksichtigt worden. Deshalb blieben bei ihm Zweifel bestehen, ob die Angabe der Restnutzungszeit mit 20 bis 30 Jahren wirklich realistisch sei. Er regt an, das dänische Verkehrsministerium noch einmal zu einer Stellungnahme aufzufordern. Des weiteren müsse der Wirtschaftsausschuß wohl auch auf einer Darlegung der Berechnungsgrundlagen für die Stahlkonstruktion bestehen. - Der Vorsitzende weist an dieser Stelle darauf hin, daß schon einmal eine Äußerung des dänischen Verkehrsministeriums angemahnt worden sei.

Abg. Schmitz-Hübsch spricht sich für eine erneute Vertagung der Beratung dieses Themas bis zum Vorliegen der Stellungnahme der Dänischen Staatsbahn beziehungsweise des dänischen Verkehrsministeriums aus. Sie vermißt eindeutige Festlegungen bezüglich der eingleisigen oder zweigleisigen Befahrbarkeit der Brücke. Offensichtlich werde für schwere Güterzüge auch nach Fertigstellung der Sanierung die eingleisige Befahrbarkeit gelten.

Ref. Franck führt aus, nach Abschluß der Sanierung werde die Brücke grundsätzlich zweigleisig befahrbar sein. Dies bedeute aber nun nicht, daß stets zwei Züge zur gleichen Zeit auf der Brücke sein könnten. Betrieblich müsse der Zugverkehr durch die DB AG auch vom Signalsystem her so organisiert werden, daß Züge möglichst nicht im Steigungsabschnitt anhalten müßten, die Züge die Brücke queren könnten, ohne sich auf der Brücke begegnen zu müssen. Das sei Voraussetzung. Dies gelte sowohl für den Personenverkehr als auch für den Güterverkehr.

Bezüglich des Güterverkehrs führt Ref. Franck sodann aus, daß für die Brücke Grenzlasten Gültigkeit hätten. Die Brücke sei auch bei ihrem Bau nie für eine Belastung in der höchsten Streckenklasse D 4 ausgelegt worden. Sie habe eine Grenzlast von 1000 t auf 300 m. In den Beratungen mit der DB AG sei auch stets versichert worden, daß diese Grenzlast nur sehr selten erreicht werde. Des weiteren sei auch nach Beratungen mit der Dänischen Staatsbahn von der DB AG immer hervorgehoben worden, daß für die nächsten zehn Jahre nicht von einer Überschreitung der Leistungsfähigkeit der Brücke ausgegangen werden müsse. Diese Feststellung der DB AG müsse man zunächst einmal so hinnehmen, denn die Belastung der Brücke durch zusätzliche Züge, vor allem durch Güterzüge, hänge maßgeblich von der Nachfrage durch die Industrieunternehmen ab. Insoweit sei es heute nicht möglich, eine genaue Prognose zu erstellen.

Abg. Neugebauer bemerkt, daß aus einem ihm vorliegenden internen Papier der DB AG hervorgehe, daß die Dänische Staatsbahn für die Zeit nach der Eröffnung der Großen-Belt-Querung pro Jahr 8.164 zusätzliche Züge avisiert habe; das entspräche einem Zuwachs von 24 %.

Ref. Franck erklärt, daß dieses Papier dem Verkehrsministerium nicht vorliege, man aber bisher immer von einem Zuwachs von rund 20 % ausgegangen sei. Für die Resthaltbarkeit der Brücke sei neben dem Verkehrsaufkommen auch die Art der beförderten Lasten in die Berechnung mit einzubeziehen. Die Restnutzungsdauer würde sich außerdem durch die normalen laufenden Unterhaltungsarbeiten an der Brücke positiv gestalten.

Abg. Hentschel fragt sodann nach der Einschätzung des zukünftigen Güterverkehrs sowie danach, inwieweit die Brücke zur Zeit ausgelastet sei. Außerdem müsse man Aussagen dazu haben, wann die Auslastungsgrenze bei welchen prognostizierten Zuwachsraten erreicht würde.

St Dr. Schmid erklärt, daß heute niemand sagen könne, wie sich zum Beispiel das Güterverkehrsaufkommen in den nächsten 15 bis 20 Jahren entwickeln werde. Die hier gestellten Fragen müßten zum Teil von der Dänischen Staatsbahn beantwortet werden. Darum müsse man sich bemühen. Aber es sei völlig offen, ob man diese Antworten auch erhalten werde. Weiter macht St Dr. Schmid noch einmal deutlich, daß "Restlebensdauer" ja nicht bedeute, daß die Brücke nach 25 oder 30 Jahren in sich zusammenfallen würde. Nichtsdestotrotz werde man sich aber bis zum Ende dieses Jahrtausends von seiten der DB AG beziehungsweise des Bundesverkehrsministers angesichts von Planungs- und Bauzeiten von 15 Jahren an intensivere Überlegungen für ein Ersatzbauwerk begeben müssen.

Abg. Neugebauer spricht noch einmal nachdrücklich das Erfordernis aus, exakte Zahlen bezüglich des Zuwachses an Personen- und Güterverkehr auf der Schiene zu bekommen. Die Deutsche Bahn AG - ergänzt um eine Stellungnahme der Dänischen Staatsbahn beziehungsweise des dänischen Verkehrsministeriums - sollte doch noch einmal zu der Frage Stellung nehmen, in welcher Weise Anforderungen für zusätzliche Güter- und Personenverkehre auf der in Rede stehenden Strecke vorlägen beziehungsweise zu prognostizieren wären.

Abg. Bernd Schröder schlägt vor, die Zeit bis zum Vorliegen der Stellungnahme der Dänischen Staatsbahn zu nutzen und bei der DB AG Auskünfte zu Zuwächsen beim Personen- und Güterverkehr, zur gegenwärtigen Auslastung der Brücke, zur Grenzbelastung sowie zu Taktzeiten zu erbitten.

Der Vorsitzende bittet die Vertreter des Verkehrsministeriums um Unterstützung bei der Erlangung dieser Informationen. - Einvernehmlich kommen die Ausschußmitglieder überein, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes erst nach Vorliegen weiterer Auskünfte zur Sachlage fortzusetzen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Berufliche Bildung

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/291

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/328

hierzu: Umdrucke 14/639 und 14/684

(überwiesen am 1. November 1996 an den Bildungsausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Auf Fragen von Abg. Schmitz-Hübsch zum Bericht zur Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein, Umdruck 14/639, teilt Ref. Sörensen unter anderem mit, daß das Darlehensprogramm der Bundesregierung zur Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze vor allem durch die Industrie- und Handelskammern bekanntgemacht werde. Das eher geringe Echo des Förderprogramms bei schleswig-holsteinischen Unternehmen sei wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß sich für Unternehmen in den alten Bundesländern durch die Inanspruchnahme nur geringe Zinsvorteile erzielen ließen.

Zur Ausbildungssituation im öffentlichen Dienst führt St Dr. Schmid aus, daß man sich auf einer schwierigen Gratwanderung zwischen Personalabbau auf der einen Seite und Übernahme von Nachwuchskräften auf der anderen Seite befinde. Die angestrebte Modernisierung der Verwaltung sei mit einem überalterten öffentlichen Dienst nicht realisierbar. Deshalb werde versucht, möglichst viele Nachwuchskräfte zu übernehmen. Leider könne aber nicht die Übernahme von allen ausgebildeten Kräften garantiert werden. Aus diesem Grunde werde eine Umstrukturierung der Ausbildung angestrebt, damit für die nicht übernommenen Kräfte der Übergang in andere Bereich, zum Beispiel in die Wirtschaft, erleichtert werde.

Anschließend informiert Ref. Sörensen den Ausschuß über die von der Bundesanstalt für Arbeit angebotenen "Ausbildungsbegleitenden Hilfen" und "Grundausbildungslehrgänge" für Bewerber, die keinen geeigneten Ausbildungsplatz gefunden hätten. Die Bundesanstalt für Arbeit habe zur Zeit aufgrund der Bindung der Vorjahre erhebliche Probleme, ausreichende und geeignete Maßnahmen durchzuführen. Die Antwort von Bundesarbeitsminister Blüm auf ein gemeinsames Schreiben des Wirtschaftsministers und der Sozialministerin des Landes, in dem auf Abwicklungsprobleme bei diesen Maßnahmen hingewiesen worden sei, sei eher unbefriedigend gewesen. Das Bundesarbeitsministerium verweise im Zusammenhang mit den Abwicklungsschwierigkeiten auf die einzelnen Landesarbeitsämter, die für die Durchführung der einzelnen Maßnahmen zuständig seien. Festzustellen sei, daß die Haushaltsansätze der Bundesanstalt hierfür zwar erhöht worden seien, daß bisher aber nicht geklärt werden konnte,

worauf die Probleme bei der Abwicklung der Maßnahmen im einzelnen zurückzuführen seien. Ein möglicher Grund könne auch in der steigenden Zahl der Arbeitslosen liegen, aufgrund dessen die Arbeitsämter zur Deckung des Arbeitslosengeldes mehr Finanzmittel zurücklegen wollten.

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, bittet das Ministerium darum, den Ausschuß über die weitere Entwicklung auf diesem Gebiet auf dem laufenden zu halten.

Der Ausschuß schließt sich zu den Anträgen Drucksachen 14/291 und 14/328 einmütig dem Votum des federführenden Bildungsausschusses an. Den Bericht zur Ausbildungsplatzsituation in Schleswig-Holstein 1996, Umdruck 14/639, nimmt der Ausschuß zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Programm für Innovationsassistentinnen und -assistenten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/562hierzu: Umdrucke 14/754 und 14/787

(überwiesen am 12. März 1997 an den Wirtschaftsausschuß und den Finanzausschuß)

Auf einleitende Fragen von Abg. Hentschel zum Stand des Programms sowie zur Aufnahme einer Frauenförderkomponente in das Programm erklärt St Dr. Schmid zunächst grundsätzlich, daß es nicht mehr eine gesonderte Etatisierung dieses Programms im Haushalt gebe. Vor dem Hintergrund der Haushaltsenge habe man den ursprünglich im Etatentwurf vorgesehenen Titel gestrichen, aber die Absicht signalisiert, dieses Programm auf andere Art und Weise zu finanzieren. Dies sei nunmehr aus Mitteln der GA zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur in Form eines Modellvorhabens "Förderung nichtinvestiver Maßnahmen/Humankapitalbildung" möglich. Gedacht sei an eine Testphase bis Ende 1998. Von den gesamten GA-Mitteln für Schleswig-Holstein seien in 1987 für dieses Programm 1 Million DM vorgesehen. Eine Richtlinie für dieses Programm sei bereits in einer Entwurfsfassung erarbeitet worden. Es sei beabsichtigt, die Richtlinie zum 1. Juli d. J. in Kraft zu setzen. Die Abwicklung des Programms solle durch die Technologie-Transfer-Zentrale erfolgen.

Nach dem Programm solle es - so fährt St Dr. Schmid fort - einen Lohnkostenzuschuß für ein Jahr an förderungsfähige kleine und mittlere Unternehmen geben, die eine Innovationsassistentin oder einen Innovationsassistenten auf einen Dauerarbeitsplatz einstellten. Der Zuschuß solle sich auf 40 % der laufenden Vergütung und maximal 2.000 DM pro Monat belaufen. Weiter solle es eine Frauenförderkomponente geben, die einen etwas erhöhten Fördersatz vorsehe, und zwar von 45 % der laufenden Vergütung, maximal 2.250 DM im Monat. Bei einem Fördervolumen in Höhe von 1 Million DM könnten damit rund 40 Beschäftigungsverhältnisse jährlich bezuschußt werden.

Förderungsfähig seien solche Beschäftigungsverhältnisse, die aufgrund der Stellenanforderung den Einsatz von Hochschulabsolventen erforderlich machten. Inhaltliche Schwerpunkte sehe man beispielsweise beim Einsatz von Innovationsassistentinnen und -assistenten in den Unternehmen bei FuE-Aufgaben, bei Produktplanung und -entwicklung einschließlich Design, Marketing und Umweltmanagement.

In der folgenden Aussprache betont St Dr. Schmid, daß sie davon ausgehe, daß es möglich sein werde, die auf Bundesebene und bei der EU-Kommission noch erforderlichen Abstimmungen

so rechtzeitig zu bewerkstelligen, daß die Richtlinie zum 1. Juli 1997 auch tatsächlich in Kraft gesetzt werden könne.

Abg. Schmitz-Hübsch bewertet die Möglichkeit, die noch erforderlichen Abstimmungen rechtzeitig bis zum 1. Juli d. J. durchführen zu können, durchaus skeptisch. - Auf weitere Fragen von Abg. Schmitz-Hübsch erwidert St Dr. Schmid, daß für das Programm die GA-Gebietskulisse gelte und daß die Arbeitsverträge unbefristet abgeschlossen sein müßten, weil es die Absicht sei, die Innovationsassistentinnen oder -assistenten auf Dauerarbeitsplätzen einzustellen. - MR Dr. Bösche ergänzt, daß es aber selbstverständlich möglich sei, eine Probezeit zu vereinbaren. Organisatorisch wolle man das mit diesem Programm intendierte Ziel dadurch absichern, daß der Zuschuß rückwirkend nach einem Jahr ausgezahlt werde, wenn der Verwendungsnachweis für das Jahr und ein entsprechender unbefristeter Arbeitsvertrag vorgelegt worden seien. So solle sichergestellt werden, daß diese Stellen tatsächlich auf Dauer angelegte Stellen seien.

Abg. Schmitz-Hübsch äußert angesichts knapper Mittel Zweifel, daß auf diese Art und Weise Dauerarbeitsplätze für Hochschulabgänger geschaffen werden könnten, zumal das Programm auch nur in begrenzten Gebieten des Landes gelte. Sie könne es sich nicht vorstellen, daß eine einmalige Zahlung, die nach dem Ende des ersten Jahres wirksam werde, als Anreiz für die Einstellung ausreiche.

Abg. Müller weist zum Punkt "Realisierbarkeit des Programmes" darauf hin, daß er im Rahmen einer entsprechenden Abfrage in anderen Bundesländern, in denen ein solches Programm schon seit längerer Zeit laufe - dies auch auf einer breiteren Basis als hier in Schleswig-Holstein -, erfahren habe, daß zwischen 75 und 90 % der geförderten Personen so einen Dauerarbeitsplatz bekommen hätten. Dies ermutige doch, das Programm auch in Schleswig-Holstein zu starten.

Auf eine Frage von Abg. Hentschel erwidert St Dr. Schmid, daß nach den Richtlinien aus GA-Mitteln nur Dauerarbeitsplätze gefördert werden könnten.

Auf die Frage von Abg. Hars, ob in den von Abg. Müller angeführten anderen Bundesländern solche Maßnahmen ebenfalls aus GA-Mitteln finanziert würden, erwidert Abg. Müller, daß dieser Punkt zum Zeitpunkt seiner Anfrage noch keine Rolle gespielt habe; er werde dieser Sache aber gern noch einmal nachgehen. Auch zum Anteil der Frauen an diesen Programmen könne er im Augenblick nichts sagen. - St Dr. Schmid erklärt, sie werde sich nach dem Frauenanteil an vergleichbaren Programmen in anderen Bundesländern erkundigen und das Ergebnis dem Ausschuß zu gegebener Zeit mitteilen.

Zur Frage von Abg. Aschmoneit-Lücke, für welchen Ansatz im Rahmen der GA die nunmehr für das Programm vorgesehenen 1 Million DM ursprünglich vorgesehen gewesen seien, erwidert St Dr. Schmid, daß die GA-Mittel in der Tat von 1996 auf 1997 erhöht worden seien. Die Möglichkeit der Förderung solcher Maßnahmen, die sich unter "Humankapital/Ausbildung/Qualifizierung" subsumieren ließen, sei neu, und hier gebe es auch noch keine volle Belegung. Im übrigen gebe es nach ihrem Wissen keine Deckelung für die Höhe der Mittel, die man für diese Maßnahmengruppe verwenden dürfe. Dies hänge auch davon ab, welche Konzeptionen diesbezüglich entwickelt würden. Sie schlage vor, zunächst einmal diesen neuen Weg zu beschreiten und nach einem Jahr die gewonnenen Erfahrungen zu bilanzieren.

Abg. Hentschel weist darauf hin, daß im Haushalt für nichtinvestive Maßnahmen aus GA-Mitteln 1,5 Millionen DM in Ansatz gebracht worden seien, von denen der Betrag von 1 Million DM nunmehr für das Programm für Innovationsassistentinnen und -assistenten vorgesehen sei. Er möchte wissen, was aus diesem Ansatz zusätzlich an einschlägigen Projekten finanziert werden solle. - St Dr. Schmid sagt eine schriftliche Antwort zu.

Abg. Müller nimmt Bezug auf ein Schreiben der Fachhochschule Kiel (Umdruck 14/787), in dem vorgeschlagen werde, das Projekt mit dem Forschungs- und Entwicklungszentrum an der FH Kiel durchzuführen. Er habe den Wirtschaftsminister gebeten, diesen Vorschlag in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Trotz der von der CDU vorgetragenen Bedenken gegen das Programm und der geäußerten Bitte, über die Vorlage in der heutigen Sitzung noch nicht abzustimmen, votiert die Mehrheit im Ausschuß für die Abstimmung. - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, einer Gegenstimme aus den Reihen der CDU und 3 Enthaltungen bei CDU und F.D.P. spricht der Ausschuß mit Mehrheit die Empfehlung an den Landtag aus, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Verringerung der Planungsdichte, Planungskosten und
Verfahrenszeiten**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/564

(überwiesen am 12. März 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß,
den Umweltausschuß, den Agrarausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Nach einer kurzen Diskussion kommt der Ausschuß überein, den Antrag nach internen Erörterungen in den Arbeitskreisen der Fraktionen zu einem späteren Zeitpunkt weiterzuberaten.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Schaffung einer Nordseekooperation

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/652

(überwiesen am 24. April 1997 an den Wirtschaftsausschuß
und den Europaausschuß)

Abg. Schmitz-Hübsch begründet die Vorlage des Antrages damit, daß Nordseekooperation in letzter Zeit wiederholt ein Thema in der öffentlichen Diskussion und in Pressemitteilungen gewesen sei. Der Antrag stelle eine Aufforderung an die Landesregierung dar, neben ihren Bemühungen im Ostseeraum den Westen nicht aus dem Blick zu verlieren.

Abg. Dr. Kötschau stimmt dem Antrag im Kern zu, macht jedoch darauf aufmerksam, daß der letzte Satz mit dem Hinweis auf eine wünschenswerte Unterstützung, die dem Muster der Ostseekooperationsförderung entsprechen könne, im Hinblick auf die bestehenden unterschiedlichen Gegebenheiten und eines dafür erforderlichen vergleichbaren finanziellen Engagements unrealistisch sei. - Dieser Auffassung tritt auch St Dr. Schmid bei.

Abg. Müller schlägt vor, den letzten Satz zu streichen. - Abg. Schmitz-Hübsch schließt sich diesem Vorschlag an.

Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag einstimmig, den letzten Absatz des Antrages betr. Schaffung einer Nordseekooperation, Drucksache 14/652, zu streichen und ihn in der so geänderten Fassung anzunehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Sachstandsbericht über die Umwandlung von
Bundeswehrliegenschaften in zivil genutzte Flächen**

hierzu: Umdruck 14/802 (neu)

St Dr. Schmid führt einleitend aus, daß die Oberfinanzdirektion Kiel im Zuge des Truppenabbaus ab Oktober 1990 durch Zuführungen des Bundesministeriums der Verteidigung aus dem Sondervermögen des Bundes insgesamt 184 Liegenschaften mit einer Gesamtfläche von etwa 2.500 ha übernommen habe (Stand 31. März 1997). - Die Aufteilung dieser Fläche, Angaben zum Landesteil Schleswig sowie die vom Bundesministerium der Finanzen erlassenen Grundsätze zu Verbilligungsmöglichkeiten beim Erwerb von Bundesliegenschaften sind dem Umdruck 14/802 (neu) zu entnehmen.

St Dr. Schmid betont, daß man trotz erheblicher Flächenzuwächse durch den Truppenabbau mit Blick auf die Verwertungsbilanz noch nicht zufrieden sein könne. Das Ergebnis, wonach knapp 18 % der übernommenen Flächen einer konkreten Verwertung zugeführt worden seien, sei eher als bescheiden zu bezeichnen. Der Prozeß der Umwidmung sei zugegebenermaßen schwierig, zumal viele Flächen auch im Außenbereich lägen. Ebenfalls habe es bei der Wert- und Kaufpreisfindung trotz der vom Bundesfinanzminister eingeräumten Verbilligungsmöglichkeiten immer wieder Schwierigkeiten gegeben, und die Verkaufsverhandlungen mit der Bundesvermögensverwaltung seien zum Teil langwierig. - Es bestehe seitens des Wirtschaftsministeriums die Absicht, im IV. Quartal 1997 - spätestens Anfang 1998 - einen umfassenden Bericht zum Stand des Truppenabbaus und der Konversion im Land zu geben und dabei detailliert auf die Umwandlung von ehemaligen militärischen Liegenschaften und deren zivile Weiter- und Anschlußnutzung einzugehen.

In der folgenden Aussprache steht die Veräußerung bundeseigener Wohnungen auf Sylt im Vordergrund.

Auf eine Frage von Abg. Schmitz-Hübsch erwidert St Dr. Schmid, daß sie bisher noch nichts davon gehört habe, daß Firmen darüber Klage geführt hätten, daß sich die LEG bei der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen besondere Wettbewerbsvorteile verschaffen würde. Sollte dies an einem Fall konkret belegt werden können, bitte sie, St Dr. Schmid, um entsprechende Mitteilung; ihr Haus würde dem nach umgehend nachgehen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Defizitabdeckung der Langenhorner Bahn (U-Bahn-Linie U 1)

hierzu: Umdruck 14/758

St Dr. Schmid unterrichtet die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses darüber, daß das Landeskabinett in seiner heutigen Sitzung für den Bereich der ehemaligen Langenhorner Bahn nach Garstedt über den Abschluß eines Vergleichs beraten werde. Sollte das Kabinett diesem Vergleich zustimmen, solle am 29. Mai die Einwilligung des Finanzausschusses des Landtages eingeholt werden. - Der von St Dr. Schmid vorgetragene Sachverhalt, den die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses vorab zur Kenntnis nehmen, ist im Umdruck 14/758 wiedergegeben.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Hars nimmt Bezug auf die Ausführungen von M Steinbrück in der 12. Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 18. Dezember 1996, daß sich das Radwegeprogramm für einen mittelfristigen Zeitraum von fünf Jahren in der Aufstellung befinde und daß damit zu rechnen sei, daß dieses Programm Ende Februar/Anfang März offiziell vorgestellt werden könne. Auf ihre Nachfrage in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 5. März sei dann im Rahmen einer Vorlage zu kommunalen Straßenbauvorhaben, die aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes gefördert würden, auch eine Information über Radwege sowie Vorhaben mit Radwegeanteilen erfolgt, jedoch stehe immer noch der angekündigte Fünf-Jahres-Plan aus. - St Dr. Schmid erwidert, daß die diesbezügliche Planung im Augenblick noch einmal überarbeitet und angepaßt werde. Nach Abschluß dieser Arbeiten werde die Unterlage auch dem Wirtschaftsausschuß zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, schließt die Sitzung um 12:55 Uhr.

gez. Eichelberg
Vorsitzender

gez. Neil
Geschäfts- und Protokollführer